

*Alexander Schubert**
Die militaristischen Androhungen
des Neokonservatismus von Reagan

Bei jeder neuen Präsidentenwahl scheint es, als würden in den USA öffentlich die tiefen gesellschaftlichen Meinungsunterschiede über die Bedeutung der eigenen moralischen und ideologischen Vorstellungen ausgetragen, über die Rolle der USA in der Welt, den Sinn ihrer politischen Allianzen und – vor allem – über die Natur und Dimension der sie wirklich oder nur imaginär bedrohenden Kräfte. Während des Wahlkampfes war der Diskurs Ronald Reagans eindeutig durch traditionell konservative und neokonservative Positionen gekennzeichnet. Kurz vor seiner Wahl scheint sich die »literarische Rechte« (Calleo 1981, S. 800) – d.h. die Neokonservativen – im Reagan-Lager durchgesetzt zu haben, was wohl die Abwesenheit so bedeutender republikanischer Persönlichkeiten im Kabinett Reagan erklärt wie William Simon und Henry Kissinger. Für die nordamerikanischen Neokonservativen bedeutete die Wahlniederlage Carters das Ende einer Periode des Niedergangs der »amerikanischen Macht«. Sie beschuldigten Carter folgender Sünden:

- Er habe den Schwächungsprozeß der US-Wirtschaft fortgesetzt, indem er die Privatinitiative weiter eingeschränkt und die ökonomischen Interessen der USA im Ausland vernachlässigt hätte;
- Er habe die nordamerikanische Nation vor den Gefahren des Kommunismus nicht im erforderlichen Umfang gewarnt, sie ideologisch entwaffnet und die Ausbreitung eines Schwächegefühls gegenüber anderen Mächten erlaubt;
- Er habe einseitig die Erhaltung und Entfaltung der nordamerikanischen Militärmacht gehemmt;
- Er habe dem »Nord-Süd«-Konflikt eine höhere Priorität gegenüber dem »Ost-West«-Konflikt beigemessen und ihn in den Mittelpunkt seiner Außenpolitik gestellt;
- Er habe die nordamerikanische Politik in der Dritten Welt den »Kräften des Wandels« angepaßt.

Carter habe, so schrieb der Herausgeber der neokonservativen Zeitschrift »Commentary«, Norman Podhoretz, »vom amerikanischen Volke verlangt, daß es die Impotenz der USA eingestehe und es sich der Unvermeidlichkeit seiner Dekadenz unterwerfe« (Podhoretz 1981, S. 24/25). Mit Reagan sollte dagegen ein Mann an die Macht kommen, der nicht nur gewillt war, diese »Dekadenz« aufzuhalten, sondern darüber hinaus auch die »amerikanische Macht« wiederherzustellen. Das neokonservative Programm schien ihm gut genug, um dieses Ziel zu verwirklichen.

* Alexander Schubert ist Forschungs-Assistent am Fachbereich 15 der Freien Universität Berlin und Mitarbeiter des Forschungsprojektes 'Krisentendenzen des internationalen Kreditystems'.

I. Neoliberalismus und Neokonservatismus im Wirtschaftsprogramm Reagans

Die Ideologie des Reaganismus ist eine Mischung aus doktrinären Prinzipien des Neoliberalismus, Neokonservatismus, Militarismus und Imperialismus. Die Vorstellung einer »besseren Zukunft«, die durch eine globale Vorherrschaft der »amerikanischen Werte« gekennzeichnet und nur durch den Sieg über mächtige Feinde zu erreichen sei, drückt den uralten imperialistischen Glauben des »Manifest Destiny« des vorigen Jahrhunderts aus. Aber im Unterschied zur ursprünglichen Version des »Manifest Destiny« – derzufolge es Gottes Wille war, daß die USA die Welt mit ihren angeblich freiheitlichen Werten evangelisieren sollte – besteht die »Zukunft« von heute teilweise in der Rückkehr in die Vergangenheit, in eine Situation, in der ähnlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg die nordamerikanische Hegemonie weder in Frage gestellt noch ernsthaft bedroht wurde. Heute gilt es also nicht nur, die Macht zu schaffen, um den »amerikanischen Werten« universelle Geltung zu verschaffen. Die Aufgabe des Reaganismus besteht nach seinem Selbstverständnis auch darin, die Erosion dieser Werte innerhalb der nordamerikanischen Gesellschaft zu bremsen.

Als Gesellschaftskonzept drückt der Reaganismus eine Kritik des kapitalistischen Konsens aus, der in den letzten Jahrzehnten in den entwickelten kapitalistischen Ländern vorhanden war. Dieser Konsens fußte nach Meinung J.K. Galbraith auf folgendem Glauben:

- daß der Staat eine globale Wirtschaftslenkung zur Bekämpfung der Inflation, der Unterbeschäftigung und zur Glättung der Konjunkturkrisen durchzuführen hätte;
- daß der Staat die Dienste zur Verfügung zu stellen habe, die normalerweise von der Privatinitiative entweder vernachlässigt oder überhaupt nicht geleistet werden, wie z.B. der soziale Wohnungsbau, die Gesundheit, öffentliche Verkehrsmittel, usw.;
- daß es notwendig sei, die Schwachen und Bedürftigen der Gesellschaft durch öffentlichen Instanzen zu unterstützen. (Galbraith 1981, S. 26)

Der neokonservative - reaganische - Angriff auf diesen Konsens vollzieht sich auf der Grundlage der neoliberalen Doktrin von Friedman, von Hayek u.a. (vgl. den Aufsatz von Elmar Altvater in diesem Heft). Folgerichtig geht das neoliberale Wirtschafts- und das »neonationalistische« außenpolitische Programm, das zur Wiederherstellung der »amerikanischen Macht« führen soll, von folgenden Postulaten aus. Für den nationalen Bereich gilt:

- daß die Inflation den Wohlstand und den privaten Reichtum der Menschen eingeschränkt und das Vertrauen der US-Bürger in ihre Zukunft unterminiert habe;
- daß die USA ihre industrielle Vorherrschaft und internationale Konkurrenzfähigkeit verloren haben;
- daß die Regierung sich in ein bürokratisches, unfähiges, teures und lästiges Monster verwandelt habe, das sich überall in den Privatbereich der Personen hineinmische;
- daß die vorhandene Demokratie in den USA nur Mittelmäßigkeit und Stagnation hervorrufe, weil sie die freie Entfaltung der Personen hemme und sie absurden Reglementierungen unterwerfe (so z.B. der gesetzlichen Rassenintegration).

Im außenpolitischen Bereich gelten die folgenden Prämissen: Es sei nicht länger hinzunehmen,

- daß die Alliierten, die die USA aus den Ruinen des Zweiten Weltkrieges retteten, heute die nordamerikanische Macht herausfordern;
- daß die früheren Feinde, die von den USA besiegt wurden, heute dieses Land an Produktivität und Handelsstärke übertreffen;

- daß die »amerikanische Macht« durch die wachsenden Ambitionen der UdSSR untergraben werde;
- daß die USA das Opfer einer permanenten Erpressung seitens der OPEC-Länder geworden sind;
- daß die USA einer chaotischen und feindlich gesinnten Dritten Welt gegenüber stehen, die mehr an einer Konfrontation als an einer Kooperation interessiert ist.

Angesichts einer solchen Situation sollen selbst die Grundsäulen der Demokratie und der »amerikanischen Macht« neu überdacht und reformuliert werden. Die Neustrukturierung der Demokratie soll sich auf der Grundlage der »Entpolitisierung« der Regierung und des Staates, der »Rationalisierung« der Wirtschaft und der Beseitigung aller Hemmnisse für die freie Entfaltung der »Privatinitiative« vollziehen. Diese neokonservativen Vorstellungen unterscheiden sich wesentlich von den Rezepten des Trilateralismus. Obwohl dieser den Glauben an die »Unregierbarkeit der Demokratie« popularisiert und folglich auch die Einschränkung der Massenbeteiligung an den politischen Entscheidungen des Staates gefordert hat – was durch Einschränkung der wachsenden Erwartungen und Forderungen erreicht werden sollte –, wurde von ihm gleichzeitig die Ausweitung der staatlichen Regelung der Wirtschaft befürwortet. Nach Huntington und anderen erfordert die gegenwärtige Krise eine stärkere Beteiligung des Staates innerhalb der kapitalistischen Akkumulation, auch wenn sie gleichzeitig auf die Dringlichkeit hinweisen, die sozialen Leistungen des Staates einzuschränken (Wolfe 1980, S. 298 ff.; Frieden 1980, S. 61 ff.). Damit stimmten die Vorstellungen Brzezinskis über die Notwendigkeit von neuen internationalen Institutionen überein, die das alte – zusammengebrochene – System von Bretton Woods ersetzen und die Eliten der rohstoffreichen Länder der Dritten Welt harmonisch in das »trilaterale System« integrieren könnten (vgl. Brzezinski 1970; Cooper 1977). Die neokonservative Offensive hält dagegen nichts von solchen neuen Institutionen. Sie richtet sich auf ein anderes Ziel, nämlich auf eine drastische Einschränkung der staatlichen Beteiligung am Verteilungsprozeß des gesellschaftlichen Reichtums. Milton Friedman behauptet in manischen Wiederholungen, daß der Staat den Reichtum nicht verteilt, sondern »usurpiert«, daß er seine Schaffung nicht fördere, sondern hindere. Der Grund hierfür sei der Zwang zur Massenlegitimation demokratischer Regierungen, die den politischen Vertretern unwissender Massen die Möglichkeit gebe, ja selbst die Pflicht auferlege, immer mehr Mittel von den produktiven (d. h. privaten) Bereich in die unproduktiven (also öffentlichen) Bereiche umzuleiten, die dann dort verschwendet werden. So erscheint die »Entpolitisierung« des Staates – d. h. seine »Rationalisierung« im Sine der »freien Marktwirtschaft« – als wesentliche Voraussetzung zur Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz und der internationalen Konkurrenzfähigkeit.

Im reaganischen Wirtschaftsprogramm hat diese Ideologie in der Form der »supply-side economics« Eingang gefunden. Dieser Theorie zufolge läßt sich parallel zur Bekämpfung der Inflation (durch Anwendung der monetaristischen Rezepte) das Wirtschaftswachstum fördern. Mit monetaristischen Maßnahmen soll der Preisauftrieb gehemmt, mit Steuersenkungen die Wirtschaftsaktivität gefördert werden. Die angestrebten Ziele bestehen deshalb darin, im Jahre 1982 die Inflation auf 8,3 %, 1983 auf 7 % und 1984 auf nur 6 % zu senken. In den darauf folgenden Jahren werden geringere Inflationsraten vorausgesagt. Das reale Wirtschaftswachstum würde sich wie folgt entwickeln: 4,2 % (1982), 5 % (1983) und 4,5 % (1984).

Um diese Ziele zu erreichen, sieht der von Reagan unterbreitete Haushaltsentwurf – der

noch im Parlament modifiziert werden kann, angesichts der bisherigen Diskussionen aber sicherlich nur unwesentlich – für das Jahr 1981/82 eine globale Senkung der Staatsausgaben in Höhe von ungefähr 50 Mrd. Dollar vor, bei einem Gesamtvolumen von 654 Mrd. Dollar. Wegen der gleichzeitigen Senkung der Direktsteuern in Höhe von etwa 10 % (30 % in drei Jahren) wird 1982 das Haushaltsdefizit dennoch auf 54 Mrd. Dollar geschätzt. Angeblich soll dieses Defizit in den folgenden Jahren weiter zurückgehen, um ab 1984 sogar völlig abgebaut und durch einen Überschuß abgelöst worden zu sein. Die Unternehmen und Bezieher höherer Einkommen sollen 6,4 Mrd. (1981), 44,2 Mrd. (1982) und 162,4 Mrd. (1986) weniger an Steuern zahlen, was der Theorie der »supply-side-economics« zufolge angeblich die Ersparnisse und die Investitionen im gleichen Umfang erhöhen wird. Die Senkung des Staatshaushalts soll durch partielle oder globale Kürzungen der Zuschüsse für eine große Anzahl von Sozialprogrammen erreicht werden, z.B. Nahrungsmittelzuschüsse, Arbeitslosenunterstützung, Umschulungssubventionen, Studienbeiträgen, Krankenversorgung, usw. Außerdem sollen eine Reihe von Industriesubventionen abgebaut werden, z.B. im Bereich der synthetischen Brennstoffe, Eisenbahnen usw., während die Selbstfinanzierung einer Reihe von staatlichen Dienstleistungsbetrieben (durch höhere Gebühren) zur Regel gemacht wird. Die Militärausgaben sollen stattdessen auf astronomische Höhen klettern, und zwar von 159 Milliarden Dollar (1981) auf 250 Mrd. (1984) und 336 Mrd. Dollar im Haushaltsjahr 1986. Diese Steigerung übertrifft bei weitem die Erhöhung der »Verteidigungs«-Ausgaben, die zur Zerstörung Vietnams notwendig war. Deshalb konstatiert »The Economist«: »Auch um die Inflation bereinigt ist die geplante Aufstockung (der Militärausgaben, d.A.) wesentlich größer als während des Vietnamkriegs in den 60er Jahren. In der Erinnerung vieler Amerikaner waren das unglückliche Jahre, z.T. deswegen, weil damals die große Inflation begann« (Economist, 16.5.81, S. 55). Nach Auffassung des Vorsitzenden der Wirtschaftsberater Reagans, Murray Weidenbaum, läßt heute jedoch eine derart massive Ausweitung der Militärausgaben keine Inflationsbefürchtungen zu. Einerseits werde trotz dieser Erhöhung der Anteil der Militärausgaben am Sozialprodukt 1986 immer noch niedriger liegen als 1967 (6,7 statt 8,9 %). Zweitens stünden angesichts einer industriellen Auslastung von nur 80 % noch offene Kapazitäten und wegen der hohen Arbeitslosigkeit (7 %) noch genügend Arbeitskraftreserven zur Verfügung. Schließlich werde der Ausgleich des Staatshaushalts, die Kürzung der nicht-militärischen Ausgaben und die strikte Kontrolle der Geldzirkulation die Rahmenbedingungen für eine nicht inflationäre Aufstockung der US-Militärausgaben schaffen (Economist, 16.5.81).

Diese optimistischen Einschätzungen Weidenbaums werden in den USA allerdings nicht nur von Radikalen in Frage gestellt. So befürchtet W. Leontief, daß die massiven Militärausgaben und das damit verbundene Haushaltsdefizit sowie die Kürzung der Direktsteuern einen zusätzlichen inflationären Druck auslösen werden. Außerdem ist anzunehmen, daß gerade die Preise der neuen Militärausrüstungen überdurchschnittlich steigen, was heute schon der Fall ist. »Die Kosten der 47 wichtigsten Waffensysteme, die vom Pentagon gekauft werden, stiegen allein 1980 um mehr als 20 %« (Economist, S. 57). Das Haushaltsdefizit würde sich entsprechend erweitern. Eindringlich warnt auch Lester Thurow vor den Folgen der geplanten Erweiterung der Militärausgaben. »Die Voraussagen Reagans gehen von einem jährlichen Wachstum der Produktivität um 3 % von 1982 an aus, aber wir haben 15 Jahre lang die Produktivitätsverschlechterung erlebt. Es ist also unmöglich, daß die erhoffte Entwicklung eintritt.« (Newsweek, 8.6.81, S. 22) Deshalb meint Thurow, daß

Reagans »Kanonen-und-Butter«-Politik (die Senkung der Steuern ist die 'Butter') zu einem Haushaltsdefizit von mindestens 86 Mrd. Dollar im Jahre führen und den inflationären Auftrieb verstärken werde, so daß die Militärausgaben einen ständig wachsenden Teil des Sozialprodukts absorbieren würden. Tritt eine solche Entwicklung ein, dann wird es nur eine Alternative geben: Entweder die Militärausgaben werden wieder gekürzt, oder – und dies ist angesichts der Reagan-Politik wahrscheinlicher – die Verbündeten der USA werden gezwungen, diese Aufrüstungspolitik zu finanzieren.

Nun hat aber David Calleo in einem ausführlichen Beitrag in »Foreign Affairs« den engen Zusammenhang zwischen einer wachsenden Einschränkung der internationalen Handlungsfähigkeit der USA und der Wirtschaftspolitik von US-Regierungen aufgezeigt, die die veränderten ökonomischen Weltrealitäten ignorierten und der internationalen Gemeinschaft die Kosten ihrer Weltmachtbestrebungen durch Inflation aufbürdeten. Zwar geht auch Calleo davon aus, daß den Rüstungsanstrengungen der UdSSR begegnet werden müsse und daß dies höhere Rüstungsanstrengungen im Westen erforderlich mache. Trotzdem weist er auf die Notwendigkeit hin, der geschwächten geopolitischen Position der USA durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik Rechnung zu tragen, indem die Weltmachtstellung der USA auf *das ökonomisch vernünftige Maß reduziert wird* (Calleo 1980, S. 808 ff.). Die entsprechende Transformation der NATO habe zu einer Erweiterung der ökonomischen Rolle der Westeuropäer, zu einer selbständigen Verfügung über Atomwaffen und zu einer selbständigeren Formulierung der westeuropäischen Verteidigungspolitik zu führen. Denn »das vergangene Jahrzehnt mußte eigentlich klar gemacht haben, daß das Gleichgewicht unserer Wirtschaft nicht ohne ein realistischeres Machtgleichgewicht im Ausland wiederhergestellt werden kann (S. 812).

Das politische und wirtschaftliche Programm Reagans zeigt aber eindeutig, daß in den USA ein »realistisches Machtgleichgewicht« *innerhalb* des westlichen Bündnisses keineswegs angestrebt wird und schon gar nicht ein realistisches Weltgleichgewicht. Die Erhaltung der Hegemonieposition der USA soll also nicht in Abstimmung mit den »befreundeten« Regierungen durchgeführt werden, sondern vielmehr auf deren Kosten – und zwar entweder durch entsprechend ausgeübten Druck oder dadurch, daß der Weltwirtschaft Bedingungen aufgezwungen werden, die sich positiv auf die kapitalistischen Akkumulation in den USA auswirken. Unter diesen Umständen können diese positiven Auswirkungen allerdings nur kurzfristiger Natur sein, es sei denn, der Rest der kapitalistischen Welt ordnet sich tatsächlich dieser verantwortungslosen Politik der USA lautlos unter, was wohl kaum anzunehmen ist.

Wenn trotz dieser düsteren Perspektive das Wirtschaftsprogramm Reagans im Kongreß Unterstützung fand, obwohl im Repräsentantenhaus die Demokraten eine Mehrheit haben, so liegt das wahrscheinlich an seiner, das neonationalistische »Erwachen« der US-Bevölkerung bestätigenden Zielrichtung. Denn gerade dieses Programm »oder etwas sehr ähnliches wurde von den Wählern sehr stark gefordert« (Rohatyn 1981, S. 14). Auch unter den Demokraten scheint die Meinung vorzuherrschen, daß man zwar nicht den Erfolg, aber auch nicht den Mißerfolg des Wirtschaftsprogramms voraussagen kann. »Seine Aussichten hängen zum großen Teil von der Psychologie ab, und vielleicht – nur vielleicht – läßt sich eine solche Psychologie herstellen, und zwar dank der heute vorherrschenden Meinung im Lande« (ebd.). Reagan soll also eine »faire Chance« bekommen, unter anderem wohl auch deshalb, weil das Ausmaß der US-Krise – vorerst – kein mehrheitsfähiges Alternativprogramm zuläßt.

Es wäre deshalb auch ganz falsch zu glauben, ein Mißerfolg der reaganischen Wirtschaftspolitik würde automatisch auch den Zusammenbruch des Reaganismus als politisches Programm zur Folge haben. Podhoretz hat sicher recht, wenn er feststellt, daß »solange der Eindruck einer Vorwärtsbewegung zur Wiederherstellung der amerikanischen Macht existiert, und zwar in einem umfassenden Sinn, wird auch die Neue Mehrheit (des reaganischen Konservatismus, A.S.) fortbestehen, auch wenn in den nächsten zwei oder drei Jahren die Wirtschaftspolitik Reagans weniger als ganz erfolgreich ist« (Podhoretz 1981, S. 26). Außerdem kann die Regierung Reagans innerhalb der USA die öffentliche Meinung so zu beeinflussen suchen, daß der Eindruck entsteht, die Verbündeten würden nicht »mitmachen« und ihren gerechten Anteil am Wiedererstarken der US-Wirtschaft und der US-Macht nicht tragen wollen. Unter dem Motto »was für Amerika gut ist, das ist auch für die Freunde Amerikas gut«, lief schon in den vergangenen Monaten die Propaganda in diese Richtung. Die ständige Aufforderung, die Militärausgaben im Bereich der NATO zu erhöhen, ist ein Komplement zum Versuch, die öffentliche Meinung im Inland für das Aufrüstungsprogramm zu gewinnen. Außerdem können die USA praktisch von den Ländern der Dritten Welt fordern, daß sie einen großen Teil der Kosten der neoliberalen Politik übernehmen, indem sie konsequent die mannigfaltigen Forderungen dieser Länder in Hinblick auf eine Neuordnung der Weltwirtschaft boykottieren. Die Länder der OPEC sind schon seit Jahren zur Hauptzielscheibe eines solchen Boykotts geworden – obwohl sie im Vergleich zu vielen anderen Ländern noch am längeren Hebel sitzen. Schließlich muß es der Reagan-Regierung auch noch gelingen, die Vorherrschaft des Dollars innerhalb des internationalen Finanzsystems aufrecht zu erhalten, jede die US-Banken im internationalen Kreditsystem benachteiligende internationale Abmachung zu verhindern, die wichtigsten Handelspartner der USA zu »freiwilligen« Exportbeschränkungen (wie im Fall der japanischen Autoexporte) zu veranlassen, eine vollständige Stagnation des Nord-Süd-Dialogs zu bewirken, die Lösung der internationalen Energieprobleme den US-Interessen unterzuordnen und tatsächlich eine stärkere Beteiligung der NATO-Bündnispartner am gesamten Aufrüstungsprogramm der USA durchzusetzen.

Aber schon die einfache Auflistung der wichtigsten internationalen Wirtschaftsprobleme, für deren Lösung die Regierung Reagan bisher kein kohärentes Programm vorgeschlagen hat (dies zeigen auch die negativen Ergebnisse des »Wirtschaftsgipfels« in Ottawa), zeigt, daß die Erfolgsbedingungen des Wirtschaftsprogramms der US-Regierung weit über die nationale Sphäre hinausgehen und von der Wiederherstellung einer globalen US-Hegemonie in der Welt abhängen. Denn nur so können die internationalen »Rahmenbedingungen« für die zukünftige Akkumulation des US-Kapitals geschaffen werden. Auf internationaler Ebene müssen Bedingungen existieren, die nicht nur die Stärkung der »amerikanischen Macht« finanzieren, sondern diese Stärkung auch als erforderlich erscheinen lassen. Wirtschafts- und außenpolitisches Programm stehen daher in einem unmittelbaren Zusammenhang. Neokonservatismus und »Neonationalismus« erweisen sich somit als verschiedene Gesichter einer einzigen, weltweiten militaristischen Bedrohung.

II. Die strategischen Optionen des nordamerikanischen Neonationalismus

Das Hauptziel der US-Außenpolitik besteht nach Meinung der »Neonationalisten« in der Wiederherstellung einer unbezwingbaren »amerikanischen Macht«. Dazu sollen folgende Teilziele verwirklicht werden:

- Beendigung der Entspannungspolitik, d.h. Ende der Politik des »strategic retrenchment« (Strategischer Rückzug) und ihre Ablösung durch eine neue, »gemäßigte« oder »globale« Version der alten Eindämmungspolitik;
- Beendigung des »Finnlandisierungsprozeß« in der Welt;
- Veränderung des militärischen Weltgleichgewichts zugunsten der USA, die eine nukleare Vorherrschaft erlangen sollen;
- Herstellung einer direkten militärischen Kontrolle über »lebenswichtige« Zonen der Dritten Welt;
- Stützung (politisch und militärisch) von allen »befreundeten« Regierungen, gleich welchen repressiven oder autoritären Charakters, damit sie nicht durch anti-amerikanisch »totalitäre«, »kommunistische« Regierungen verdrängt werden;
- Bekämpfung des »sowjetischen Expansionismus« in der Dritten Welt. (Dippel 1980, S. 528 ff.)

Das Prinzip heißt also: Macht! Oder, wie es Reagan noch im Wahlkampf – und danach fast jeden Tag – formulierte: Frieden und Sicherheit soll durch Stärke erlangt werden (Reagan S. 467 ff.). »Macht: dies ist die Losung der Neuen Orthodoxie von Reagan und seinen Publizisten geworden«, schreibt Stanley Hoffmann (1981, S. 26). »Die Dekadenz der amerikanischen Macht aufzuhalten: darin besteht ihr wesentlicher Inhalt. Macht war es, was Carter nicht anwenden wollte; Macht ist es, was die neue Administration wieder herstellen muß; Machtpolitik, darin besteht das Spiel der Nationen. Deswegen: wir müssen mit der Macht anfangen.«

Folglich haben die Ideologen des Reaganismus ein Globalprogramm entworfen, das die »Absichten der amerikanischen Macht« und die »Lebensinteressen« der USA definiert. Ein Teil dieser Vorschläge wird von Ideologen im Stile Norman Podhoretz' oder Jeane Kirkpatrick u.a. vorgetragen. Nach ihrer Auffassung besteht neben anderen Aufgaben das Hauptziel der Regierung Reagans darin, ein »Aufrüstungsprogramm in Gang zu setzen, das unsere Verteidigung unangreifbar macht und uns die Macht gibt, den sowjetischen Expansionismus aufzuhalten und unsere Lebensinteressen im Persischen Golf zu verteidigen« (Podhoretz 1981, S. 25). Hierzu sei es nicht nur notwendig, eine nukleare Übermacht der USA gegenüber der UdSSR wiederherzustellen, sondern darüber hinaus auch den Zugang zu den »lebenswichtigen Zonen« in der Dritten Welt durch direkte Militärpräsenz zu sichern. Das Nuklearpotential soll nicht nur zur Abschreckung dienen, sondern den USA eine Erstschlagkapazität einräumen, die sich auch auf den Ausgang der Konflikte in der Dritten Welt auswirkt. So folgert dann auch Podhoretz, daß wenn die Parole »no more Vietnams« tatsächlich die Beschneidung der eigenen Macht bedeutete, heute »no more Irans« zum Ausdruck bringen soll, daß sich die USA mit Sicherheit nie wieder hilflos herumschieben lassen werden. Ebenso wird die »Lehre von Afghanistan« darin bestehen, daß man einsieht, die USA müßten »unter gewissen Umständen« in der Dritten Welt militärisch intervenieren, auf die Gefahr hin, »daß wir sonst unseren Feinden ausgeliefert sind« (Podhoretz 1980, S. 89).

Weniger extrem scheint eine andere Variante des Neonationalismus zu sein. Robert Tucker, außenpolitischer Berater Reagans während des Wahlkampfes, schlägt z.B. eine differenzierte Politik vor, auch wenn er mit Podhoretz in der Einschätzung des Niedergangs der »amerikanischen Macht« übereinstimmt. Nach Meinung Tuckers befinden sich heute die USA vor einer schwerwiegenden Entscheidung hinsichtlich der Definition ihrer »Sicherheitsinteressen« (Tucker 1980, S. 267). Einerseits würde seiner Auffassung zufolge unter den gegebenen Bedingungen eine Rückkehr zur »expansiven Version der Eindämmung« die große Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen der UdSSR und den USA heraufbeschwören. Eine solche Politik »würde in der Tat die Botschaft nach Moskau bringen, daß die Uhr um mindestens 15 Jahre zurückgedreht werden soll, daß der gegen Ende der 60er Jahre anerkannte Gleichheitsstatus mit der UdSSR heute nur noch einen symbolischen Sinn habe und daß die USA nicht mehr bereit seien, die UdSSR als globale Macht anzuerkennen«. Es sei aber andererseits unvermeidlich, den »sowjetischen Expansionismus« zu bekämpfen, wozu die entsprechende Politik formuliert werden müsse. Hierzu schlägt Tucker die Politik der »gemäßigten Eindämmung« vor.

Wie soll nun eine solche »gemäßigte Eindämmung« aussehen? Zuerst müsse man davon ausgehen, meint Tucker, daß sich das Militärgleichgewicht zugunsten der Sowjetunion verändert habe und daher die westliche Macht in vitalen Lebenszonen – z.B. am arabisch-persischen Golf – geschwächt sei. Folglich sei es notwendig, eine Unterscheidung zwischen Gebieten von »primärem« und Gebieten von nur »sekundärem« Lebensinteresse zu treffen. Unter den ersten würden sich Westeuropa und die Länder des arabisch-persischen Golfes befinden; unter den zweiten die Länder Mittelamerikas und anderer Regionen der Welt. Um die »Sicherheit« in den Gebieten von »primären« Lebensinteressen zu gewährleisten, ist es nach Tucker unerlässlich, heute ein Aufrüstungsprogramm zu realisieren. »In den zwei am meisten kritischen Problemzonen der USA sind die nötigen Mittel ... militärischer Natur« (ebd., S. 250). Denn, während in Europa die Ziele der amerikanischen Macht darin bestünden, eine bewaffnete sowjetische Aggression abzuschrecken oder zurückzuschlagen, bestehe das Ziel am arabisch-persischen Golf darin, den Zugang zu den Erdölquellen zu sichern. Zwischen beiden Zonen bestehe zwar der Unterschied, daß in Europa der Feind bekannt, wohingegen er in der Golfregion nicht so klar auffindig zu machen sei. In dieser Region befände sich aber der Schlüssel für die Sicherheit der gesamten westlichen Welt. Gelänge es der Sowjetunion, die arabischen und iranischen Ölquellen zu besetzen, dann würde die europäische Wirtschaft schlagartig zum Stillstand kommen. »Der Verlust des Zugangs zum Golf seitens des Westes würde ungefähr einem tödlichen Schlag gegen die globale amerikanische Interessenstruktur bedeuten, die nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurde« (S. 249). Und: »Der Golf ist ein unerlässlicher Schlüssel zur Verteidigung der globalen Position Amerikas, so wie er auch der unverzichtbare Schlüssel für die Sowjetunion ist, ohne den sie niemals ernsthaft eine globale Vorherrschaft anstreben kann.« (S. 256)

Nun könne aber die »Sicherheit« in der Golfregion auch durch Ereignisse gefährdet werden, an denen die UdSSR nur gering beteiligt sei. Außerdem bestehe in dieser Region seit der iranischen Revolution ein »Machtvakuum«, das wie ein Magnet auf die zwei Supermächte wirke. Deshalb sei es notwendig, sowohl ein »politisches« als auch ein »strategisches« Dilemma zu lösen. Das erste bestehe darin, den Willen zu haben und tatsächlich zum Ausdruck zu bringen, jederzeit die »Sicherheit« der Ölquellen zu garantieren und durch eine direkte konventionelle Militärpräsenz auszudrücken – wozu sich u.a. die von Is-

rael zu räumenden Basen auf Sinai anböten (Tucker 1981, S. 89). Das betreffe die Land-, See- und Luftstreitkräfte. Das zu lösende »strategische Dilemma« bestehe dagegen darin, durch nukleare Waffensysteme jeden sowjetischen Einmischungsversuch in der Region abzuschrecken oder in einer »Grenzsituation« aktiv zurückzuschlagen. Wenn also das vorhandene Machtvakuum nicht durch konventionelle Waffensysteme – die in der Region ständig stationiert werden sollen – gefüllt werden könne, und die UdSSR den Versuch unternehmen sollte, das Vakuum durch eigene Präsenz zu füllen, dann bliebe auch nach Meinung der »gemäßigten« Eindämmungsideologen keine andere Alternative als der Atomkrieg. Wenn dennoch die Vorschläge einer »gemäßigten Eindämmung« realistischer als die der »globalen Eindämmung« zu sein scheinen, so liegt das daran, daß die erste Alternative die innere Ordnung der Staaten nicht notwendig zum Maßstab der Bedrohung für die USA macht. Der Neonationalismus von Podhoretz begreift als Feind jede Regierung, die für »kommunistisch« gehalten und als solche definiert wird. Die »gemäßigten« Neonationalisten akzeptieren dagegen die Legitimität der globalen Weltmachtbestrebungen der UdSSR, weshalb sie nicht notwendig jede Regierung zum Feind der USA erklären, die zu jener Weltmacht diplomatische oder enge politische Beziehungen unterhält. Außerdem räumen diese Neonationalisten ein, daß es ein breites Feld gegenseitiger Kooperation zwischen den Supermächten gäbe. Sie weisen also auf die Möglichkeit hin, daß sich die USA »mit der Perspektive einer Welt anfreunden müssen, in der ein großer – und vielleicht wachsender – Teil der nicht zu den industriellen Demokratien gehörenden Länder sich der Ausübung eines amerikanischen Einflusses widersetzen« (Tucker 1981, S. 265). Gerade deshalb sei es nötig, nicht in jeder sozialen Bewegung in der Dritten Welt eine Bedrohung für die US-Sicherheitsinteressen zu sehen.

Gleichwohl ist die vorgeschlagene Politik der »gemäßigten Eindämmung« nicht weniger interventionistisch und militaristisch als jede andere, die die sogenannten »Lebensinteressen« der USA zum letzten Maßstab für die Entscheidung für oder wider Krieg macht. Wenn nämlich, um ein aktuelles Beispiel zu nehmen, die Intervention in Mittelamerika und im karibischen Raum davon abhängt, ob die dortigen Interessen als »primäre« oder »sekundäre« Lebensinteressen definiert werden, dann ist die Interventionsdrohung immer latent vorhanden. Es reicht aus, daß der gesellschaftliche Protest in diesem Raum einen bestimmten Rebellionsgrad übersteigt, damit die Klassifizierung und die Bedrohung konkretisiert wird. »Die Definition unserer Lebensinteressen ist keineswegs selbstevident«, schreibt Hoffmann. »Nicht jede Position in der Welt kann verteidigt werden, und nicht alle sind gegenüber allen Arten von potentiellen Bedrohungen verteidigungswert. Die Neue Orthodoxie erklärt z.B. nicht, ob man nur der Expansion der sowjetischen (oder kubanischen oder vietnamesischen) Militärmacht widerstehen soll. Oder sollen wir alle Regime bekämpfen, die zur UdSSR eine ähnliche Beziehung haben, wie Kuba? Oder sollen wir die Errichtung aller Regime bekämpfen, die von Moskau oder Kuba unterstützt werden? Tucker nimmt eine mittlere Position ein, aber es ist eine uneindeutige Position: Wie kann man vorher wissen?« (Hoffmann 1981, S. 26 f.)

Das Problem des US-Neonationalismus besteht aber nicht nur darin, daß man nie im voraus wissen kann, was Reagan, Weinberger, Haig und andere unter »primären« und »sekundären« Lebensinteressen verstehen und mit welchen Manipulationen sie die angeblichen Bedrohungen erst schaffen, um die Intervention zu rechtfertigen. Darüber hinaus droht die bipolare Interpretation des gegenwärtigen Weltgeschehens, die überall den »Westen« auf den »Osten« stoßen sieht, allen internationalen Konflikten eine eminent militärische

Bedeutung zu verleihen.

Dies gilt umso mehr, wenn wir die von Stanley Hoffmann erwähnten »Komplexitäts-« und »Möglichkeitskrise« der USA berücksichtigen. Nicht nur der interne Druck auf den Staat und auf die gesamte US-Gesellschaft ist angesichts des höheren Organisationsgrads der verschiedenen Bevölkerungsschichten und des Fehlschlags der Sozialreformen der 60er und 70er Jahre größer geworden. Außerdem haben in der ganzen Welt Veränderungen stattgefunden, die die Stellung der USA wesentlich geschwächt haben. Eine der bedeutendsten dieser Veränderungen ist das Emporkommen vieler Länder der Dritten Welt und ihr kräftiges Auftreten auf der Bühne der internationalen Politik. Selbst der Neonationalismus in den USA scheint zu postulieren, daß, ohne Europa zu vernachlässigen, gerade in der Dritten Welt das Schicksal der »amerikanischen Macht« entschieden wird. Aber die Länder der Dritten Welt sind weder hinsichtlich ihrer inneren Ordnung homogen, noch stimmen notwendig ihre internationalen Bestrebungen überein. Zwischen einigen von ihnen gibt es sogar tiefe Widersprüche, die nicht nur das Erbe des Kolonialismus sind, sondern auch tiefergehende historische oder religiöse Ursachen haben können. Der beklagenswerte Krieg zwischen Iran und Irak bestätigt diese Auffassung. Trotzdem gibt es gemeinsame Bestrebungen und Forderungen dieser Länder gegenüber der industrialisierten Welt, wie es auch gemeinsame Forderungen der Bevölkerung dieser Länder gegenüber den inneren Strukturen ihrer jeweiligen Gesellschaft gibt. In einer solchen komplexen Welt werden die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung der internationalen Konflikte eingeschränkt, es sei denn, das Bewußtsein setzt sich durch, daß neue internationale Abmachungen und Institutionen geschaffen werden müssen, um weltweite kriegerische Auseinandersetzungen zu verhindern. Der nordamerikanische Neonationalismus weist jedoch eine solche Schlußfolgerung weit von sich. So wie auch im Inneren des Landes die Probleme nicht mehr konsensuell, sondern durch die rücksichtslose Entfaltung der Kräfte der »freien Marktwirtschaft« gesteuert werden (Wolin 1980, S. 11 ff.), so sollen die internationalen Probleme vornehmlich durch die militärische Präsenz der »amerikanischen Macht« entschieden werden. Statt die Aktionsregister der internationalen Politik um zusätzliche politische, diplomatische und ideologische Mechanismen und Instanzen zu bereichern, sollen sie auf die Interventionslogik einer allmächtigen Militärmacht Amerikas reduziert werden. Es gibt kaum einen ausdrucksvolleren Beweis als die Haltung der Neonationalisten der USA gegenüber dem »Nord-Süd-Dialog«. Nach Auffassung Podhoretz' haben die USA in allen ihren Konflikten mit dem 'Süden' immer vor der Möglichkeit einer Konfrontation mit der militärischen Macht des 'Ostens' gestanden«. Denn »trotz seines proklamierten Neutralismus steht ein guter Teil des 'Südens' auf der Seite des 'Ostens' und ist gegen den 'Westen'«. Das sei in der Konferenz der Nichtpaktgebundenen Länder (Havanna 1979) bestätigt worden. Außerdem bestehe das eigentliche Ziel aller Aktivitäten der UdSSR in der Dritten Welt darin, »die Kontrolle des 'Ostens' über den am persischen Golf befindlichen Teil des 'Südens' zu errichten, um auf diese Weise die politische Herrschaft über den 'Westen' zu errichten«. (Podhoretz 1980, S. 52 f.)

So wird also der Pluralismus der Weltkonflikte allein auf den Ausdruck eines »sowjetischen Expansionismus« zurückgeführt und ihre Lösungsmöglichkeiten auf die militärische Androhung oder Intervention reduziert. Das zeigt sich auch an der Einstellung gegenüber den sogenannten »autoritären« und den »totalitären« Regierungen in der Dritten Welt, die im nächsten Abschnitt kurz erläutert wird. Neoliberale und neokonservative Ideologie wird

insofern reibungslos vom Neonationalismus ergänzt. Der »Diktatur des Marktes« (Clerc 1981, S. 11), die innerhalb der USA errichtet werden soll, entspricht auf internationaler Ebene die Diktatur der nordamerikanischen Waffen.

So stehen wir also vor einem »nationalistischen Konsens«, der mit der offenen Militärintervention der USA in jedem Teil der Dritten Welt und, wenn das nicht die gewünschte Wirkung zeigt, mit dem Atomkrieg droht. Deshalb wird auch das Spiel aktualisiert, »das Udenkbare zu denken« und strategische Kalküle über die $1\frac{1}{2}$ oder $2\frac{1}{2}$ Atomkriege zu machen. Rätselhaft bleibt allerdings, was das noch mit der vielbeschworenen »Abschreckungsabsicht« zu tun hat.

III. Die Herausforderung der amerikanischen Macht durch »autoritäre« und »totalitäre« Regierungen

Abschreckende Wirkung sollte das »Zeichen« haben, das Reagan sofort nach Amtsantritt in El Salvador setzen wollte. Dort, so lautete die offizielle Regierungspropaganda des Weißen Hauses, werde eine gemäßigte Regierung von kommunistischen Terroristen bedroht. Es wurde verkündet, die USA seien entschlossen, nicht ein weiteres Kuba oder Nicaragua entstehen zu lassen. Gleichzeitig hielt David Rockefeller in Argentinien eine Lobeshymne auf die dortige Diktatur und bescheinigte ihr zwar »autoritäre«, aber friedliebende Intentionen im Umgang mit der eigenen Bevölkerung. Einige tausend Verschwundene, sagte er, seien nichts im Vergleich zu den Hunderttausenden, die umkämen, wenn »totalitäre« Kräfte die Macht errängen. Als ersten ausländischen Staatschef empfing Reagan mit allen Ehren den südkoreanischen Diktator Chun Doo Hwan, der gleichzeitig damit beschäftigt war, seine Gegner einkerkern und umbringen zu lassen; während die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Jeane Kirkpatrick die offizielle US-Politik gegenüber den Diktaturen in der Dritten Welt mit den Worten zusammenfaßte: »Wenn wir vor die Wahl gestellt werden, einer gemäßigt repressiven autokratischen Regierung beizustehen, die mit den USA befreundet ist, oder ihren Sturz durch Aufständische zu erlauben, die von Kuba ausgebildet, von Kuba bewaffnet und von Kuba sekundiert werden, dann werden wir die gemäßigten Autokraten unterstützen« (zit. nach »Dissent«, Spring 1981, S. 163).

Einen systematischen Versuch, die soziale Entwicklung in der Dritten Welt auf der Grundlage der neokonservativen Ideologie zu erklären, hatte Jeane Kirkpatrick schon 1979 in einem seitdem oft kommentierten Artikel zur Außenpolitik Carters unternommen (1979, S. 34 ff.). Vernichtend urteilte sie dort über Carter: Er habe nicht nur den Panamakanal an einen Castrofreundlichen »großschnäuzigen« Diktator übergeben, eine »dramatische« Aufrüstung der Sowjetunion, eine Stagnation der eigenen Militäranstrengungen und die Expansion der UdSSR am Horn von Afrika, Angola, Afghanistan und in der Karibik geduldet; sondern darüber hinaus seien zwei »strategische« Länder in die Hände des Feindes gefallen, nämlich Iran und Nicaragua. Carter, so wiederholte sie nach Reagans Wahl (1981, S. 29 ff.), sei unfähig gewesen, »den Herausforderungen der sowjetisch/kubanischen Expansion« im karibischen Raum und in anderen Teilen der Welt entgegenzutreten und habe stattdessen »positiv dazu beigetragen«, die Probleme zu vergrößern. Er habe nämlich eine »Entfremdung der wichtigsten Nationen (von den USA), ein Wachsen des Neutralismus, eine Destabilisierung befreundeter Regierungen« und eine weitere Verschärfung des Niedergangs der amerikanischen Macht induziert (ebd., S. 29).

Das Grundübel der nordamerikanischen Außenpolitik in der Dritten Welt unter Carter, so schrieb Kirkpatrick, sei die Unfähigkeit zu erkennen, daß trotz aller Kritik gegenüber »autokratischen« oder »autoritären« Regierungen ihre Beseitigung nicht nur keine bessere Situation schaffe, sondern – im Gegenteil – der entsprechenden Bevölkerung noch viel größere Opfer abverlange. Zwar würden »Autokraten« nicht immer – vielleicht auch sehr selten – die gleichen Ziele anstreben, die in den USA von der Bevölkerung angestrebt werden, u.a. die liberale Demokratie. Man müsse jedoch anerkennen, daß autoritäre Regime meistens eine – wenn auch gemäßigte – Opposition zulassen, ihre Gegner nur gelegentlich physisch bedrohen, eine gewisse Meinungsfreiheit erlauben und diese nur in extremen Gefahrensituationen aufheben würden, somit also der eigenen Bevölkerung den Ablauf des gewohnten Lebensrhythmus garantieren, d.h. ihre Bewegung innerhalb der traditionellen persönlichen, familiären und sozialen (dörflichen) Bindungen gewährleisten. Außerdem sei innerhalb solcher Autokratien immer die Möglichkeit zum sozialen Wandel gegeben, denn anders als in totalitären Regimen würde schon die Zulassung einer gemäßigten Opposition die Vorwärtsentwicklung fördern und in einem gewissen Umfang auch durchsetzen können.

Anders sei die Situation in »totalitären« Regimen, die durch Beseitigung der »Autokraten« errichtet werden. Statt sich ähnlich wie »autoritäre« Regime die langfristige Errichtung der Demokratie zum Ziele zu setzen, würden »totalitäre« Regime eine vollständige, permanente und unveränderbare Kontrolle des Staates über die gesamte Gesellschaft anstreben. Familiäre Beziehungen würden ignoriert, der »gewohnte Rhythmus zwischen Arbeit und Freizeit« gestört, das »Anbeten traditioneller Götter und die Einhaltung traditioneller Tabus« nicht respektiert, sondern im Gegenteil verfolgt. Und statt es so zu belassen wie z.B. in Indien, wo die 'Kinder der Unberührbaren' »die Fähigkeiten und Attitüden« schon von Geburt aus erlernen, um »die armselige Rolle zu spielen, die ihnen das Schicksal zugeordnet hat«, würden totalitäre Regime diese natürliche Umgebung der eigenen Bevölkerung zerstören und damit unendliches Leid hervorrufen (Kirkpatrick 1979, S. 44). Es sind daher vom Standpunkt des elementaren Humanismus die autoritären Regime in den Ländern der Dritten Welt den »totalitären« Regierungen vorzuziehen. Aber auch unter dem Gesichtspunkt elementarer US-Sicherheitsinteressen wäre dafür zu plädieren, daß die US-Regierung autoritäre Regime stützt und, wenn nötig, durch eigene Militärinterventionen am Leben hält.

Diese Schlußfolgerung ergibt sich aus der spezifischen neokonservativen Betrachtungsweise der Dritten Welt. Dort herrschen – wir folgen immer noch dem Argument von Kirkpatrick – die schon beschriebenen »autoritären« Regime. Darin könne sich keine Gesellschaftsgruppe politisch so artikulieren, daß sie die Macht anzustreben in der Lage sei. Das sei gerade der Ausdruck der mangelnden politischen Modernisierung der betreffenden Gesellschaft. Anders aber, wenn eine dieser Oppositionsgruppen von außen Hilfe bekommt, wie im Falle der »sozialistisch-revolutionären Bewegungen«, die von der UdSSR oder von Kuba unterstützt würden. Solche Gruppen könnten dann in der Tat zu einer Gefahr für die etablierten »Autokraten« werden, nicht wegen deren mangelnder Integrationskraft, sondern nur wegen ihrer militärischen Schwäche. Setze der von Kuba und/oder der UdSSR unterstützte Kampf der Aufständischen gegen das autokratische Regime erst einmal richtig ein, falle dieses fast von selber zusammen. Gemäßigte Kräfte würden sich dann auf die Seite der Aufständischen schlagen, ihnen sozusagen als Aushängeschild dienen (um ihre »totalitären« Ansprüche zu verschleiern), große Teile der Militär- und Polizeikräfte würden

handlungsunfähig, die losen Bindungen zu den USA – der einzigen Macht, die den Zusammenbruch verhindern könnte – würden abbrechen und schließlich jene Kräfte die Macht übernehmen, die die »totalitäre« (kommunistische) Herrschaft entweder direkt oder auf Umwegen errichten.

Die ideologische Schlußfolgerung einer solchen »Analyse« lautet dann sehr einfach, die USA müßten allen mit ihnen befreundeten autokratischen »gemäßigt repressiven« Regierungen im Falle eines Bürgerkriegs oder einer bewaffneten inneren Bedrohung militärisch unter die Arme greifen, denn sonst würde als einziger Gewinner die »sowjetisch-kubanisch« inspirierte Subversion erfolgreich sein. Neben den »autoritären« Regierungen des Diktators Somoza und des iranischen Schah ist auch die Regierung Napoleon Duarte in El Salvador ein Beispiel einer solchen »befreundeten« autoritären Regierung. Auch hier ließe sich – angeblich – die Theorie der Neokonservativen belegen. El Salvador, so Kirkpatrick, gehöre zusammen mit Guatemala, Marokko, Zaire und anderen Ländern in die Kategorie jener Länder, in denen die strategische Position der USA angesichts einer »von den Sowjets unterstützten Subversion« (ebd., S. 34) bedroht sei. Auch hier gelte es, ein »moralisch und strategisch akzeptables und politisch realistisches Programm« zu formulieren, andernfalls werde bis hin zu Mexico und Korea die strategische Lücke der USA nicht mehr zu füllen sein.

Nun lassen sich aber gerade in El Salvador die typischen Merkmale der »autoritären« Regierungen erkennen, die schließlich die Bevölkerung dazu zwingen, zur Beendigung des Leids, der Not, des Elends und der Unterdrückung zu den Waffen als letztem Mittel zu greifen. »El Salvador«, so schreiben William LeoGrande und Carla Anne Robbins in Fo-



reign Affairs – dem wohl kaum kommunistische Sympathien nachgesagt werden können –, »besitzt die starkste Klassenstruktur und die schlimmste Einkommensungleichheit in ganz Lateinamerika. Länger als ein Jahrhundert ist dort das politische und wirtschaftliche Leben der Nation von einer kleinen Elite von Großgrundbesitzern beherrscht worden, die unter dem Namen 'las catorce familias' (Los Catorce) bekannt ist, auch wenn ihre gegenwärtige Zahl die 14 weit übersteigt. Die familiären Klans, aus denen sich die Oligarchie zusammensetzt, bestehen aus einigen wenigen tausend Personen, im Vergleich zu einer Gesamtbevölkerung von annähernd 5 Millionen. Bis vor kurzem besaßen aber diese Klans 60 % der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche, das gesamte Bankensystem und die Mehrheit der Industrie. Außerdem erhielten sie etwa 50 % des Nationaleinkommens« (LeoGrande/Robbins 1980, S. 1085). Den gleichen Autoren zufolge besteht seit Jahrzehnten das wichtigste Ziel der Oligarchie von El Salvador darin, »zu verhindern, daß der latente Konflikt ausbricht und sich in einen Klassenkonflikt verwandelt«. Maßgebliches Instrument zur Verwirklichung dieses Zieles sind seit jeher die Streitkräfte gewesen, die seit 1931 das Land regieren und systematisch jede Beteiligung der breiten Bevölkerungsschichten an den politischen Entscheidungen des Landes ausschließen. Dies ist ihnen auch mit nur kurzen Ausnahmen gelungen, in denen junge, reformistische Offiziere regieren konnten. Die angekündigten Reformen sind dann aber immer wieder entweder rückgängig gemacht oder überhaupt nicht in die Praxis umgesetzt worden.

Dennoch bestand eine der ersten außenpolitischen Entscheidungen der Regierung Reagans darin, in El Salvador ein »deutliches Zeichen« zu setzen, daß sie nun nicht mehr wie ihre Vorgängerin gewillt war, den weiteren Vormarsch des »sowjetischen Expansionismus« zu dulden. Während US-Außenminister Haig die schon versprochenen Kredite der USA für die »totalitäre« Regierung von Nicaragua endgültig strich, begannen »Militärberater« der USA in El Salvador einzutreffen, um die einheimischen Militärs in die Bedienung der nun massiv gelieferten Militärausrüstungen einzuweisen. Um die europäischen Verbündeten von der drohenden »kommunistischen« Gefahr zu überzeugen, wurde die Eagleburger-Mission nach Europa geschickt, die mit – wie später sogar selbst von US-Regierungsmitgliedern zugegeben wurde (vgl. »Le Monde«, 11.6.81, S. 6) – gefälschten und obskuren »Dokumenten« die sowjetisch-kubanisch-nicaraguanische »Intervention« in El Salvador beweisen sollte. Die Gesprächsbereitschaft der salvadoreanischen Opposition wurde einfach ignoriert, und die US-Regierung zeigte sich sogar über die Vermittlungsbemühungen der Sozialistischen Internationalen »zutiefst verärgert«.

Worin besteht nun das eigentliche »Zeichen«, das die Reagan-Regierung mit ihrer (vorerst nur auf »Militärberater« und massive Militärausrüstung »beschränkten«) Unterstützung für das »autoritäre« Regime von Napoleon Duarte gegeben hat? Zum einen darin, die Entschlossenheit zu bekräftigen, jeden gesellschaftlichen Wandel in einem Land der Dritten Welt aufzuhalten, wenn dort angebliche Lebensinteressen der USA bedroht werden. Zum anderen darin, die grundsätzlich bipolare Einstellung der USA in allen Weltfragen konkret zum Ausdruck zu bringen, damit auch die Sowjetunion und ihre »Satelliten« verstehen, daß nun in den USA mit der Wiederherstellung der »amerikanischen Macht« ernst gemacht wird.

Bei der Unterscheidung zwischen »autoritären« und »totalitären« Regimen haben wir es also nicht nur mit einem »Ekzentrismus« und einer »fast verrückten Aufzählung der politischen Realitäten Lateinamerikas« (Farer 1981, S. 10) und von anderen Regionen der Welt zu tun. Diese Unterscheidung gehört vielmehr in den Mittelpunkt der strategischen Vorstellungen

der gegenwärtigen US-Regierung. Darin verwischen vollständig die Grenzen zwischen den inländischen Bestimmungsfaktoren der sozialen Konflikte innerhalb einer jeden Nation und ihren konkreten Ausdrucksformen einerseits und den ideologischen und konkreten Dimensionen der internationalen Konflikte andererseits. Die Nichtpaktgebundenheit verliert also in den neuerlichen strategischen Vorstellungen der USA jede Bedeutung. Das ist durchaus ein wesentlicher Unterschied zu der Politik der Carter-Regierung und zu den Vorstellungen des Trilateralismus, auch wenn nachweislich die US-Militärintervention in El Salvador, die enorme Militärpräsenz im Indischen Ozean, die (heimliche und offene) Intervention in Afrika und die Unterstützung für die Militärdiktaturen in Südamerika auch schon unter Carter massiv weitergeführt wurden (zu El Salvador vgl. Jokisch 1981, S. 185 ff.). Denn im Gegensatz zu den (spärlichen und konfusen) positiven Ansätzen unter Carter, die gegenwärtige Weltkrise u.a. durch internationale Verhandlungen und Abkommen zu lösen (Hoffmann 1981 (a), S. 3 ff.), setzt der reaganische Neoliberalismus auf Militärstärke, Militärkonfrontation und Militärlösungen.

Die verschiedenen Bausteine des reaganischen innen- und außenpolitischen Programms zur Wiederherstellung der »amerikanischen Macht« passen sich also reibungslos ineinander – zumindest der Ideologie nach. Das nukleare Potential der UdSSR soll durch ein nukleares Übergewicht der USA, die konventionelle Übermacht der UdSSR durch klare Hinweise darauf, daß »lebenswichtige Zonen« in der Dritte Welt notfalls durch einen Atomkrieg verteidigt werden sollen (z.B. im arabisch-persischen Golf), neutralisiert werden; und jeder Fortschritt des »sowjetischen Expansionismus« in der Dritten Welt soll dadurch gebremst werden, daß »gemäßigt repressive« Diktaturen à la Pinochet, Somoza, Duarte u. a. unterstützt werden, und zwar militärisch, versteht sich!

Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Frage, ob in Zukunft die US-Regierung versuchen wird, die politischen und diplomatischen Möglichkeiten zur internationalen Konfliktregelung den militärischen Aktionsmöglichkeiten unterzuordnen, mit »ja« zu beantworten. Eine ganz andere Frage ist allerdings, ob ihr das gelingen wird.

Literatur

- Brzezinski, Zbigniew: *Between two Ages: America's Role in the Techtronic Era*, New York 1970
- Calleo, David: *Inflation and American Power*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 59, No. 4, 1981
- Clerc, Denis: *Ordre Social et dictature du marché*, in: *Le Monde Diplomatique*, Mai 1981
- Cooper, Richard et al.: *Towards a Renovated International System*, The Trilateral Commission, Triangle Paper 14, 1977
- Dippel, Horst: *Die außenpolitischen Vorstellungen der amerikanischen Neokonservativen*, in: *Europa Archiv*, Folge 17, 1980
- Farer, Tom: *Reagan's Latin America*, in: *New York Review of Books*, Vol. XXVIII, No. 4, 1981
- Frieden, Jeff: *The Trilateral Commission: Economics and Politics in the 1970's*, in: *Trilateralism*, ed. by Holly Sklar, Boston 1980
- Galbraith, John K.: *Angriff der Konservativen*, in: *Die Zeit*, 27.2.81
- Hoffmann, Stanley: *The New Orthodoxy*, in: *New York Review of Books*, Vol. XXVIII, No. 6, 1981
- ders.: *Requiem*, in: *Foreign Policy*, No. 42, 1981 (a)

- Jokisch, Rodrigo (Hg.): *El Salvador. Freiheitskämpfe in Mittelamerika*, Reinbek 1981
- Kirkpatrick, Jeane: *Dictatorship and Double Standards*, in: *Commentary*, Vol. 68, No. 5, November 1979
- dies.: *U.S. Security and Latin America*, in: *Commentary*, Vol. 71, No. 1, Januar 1981
- Leo Grande, William und Carle Anne Robbins: *Oligarchs and Officers: The Crisis in El Salvador*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 58, No. 5, 1980
- Podhoretz, Norman: *The Present Danger*, New York 1980
- dies.: *The New American Majority*, in: *Commentary*, Vol. 71, No. 1, 1981
- Reagan, Ronald: *Frieden und Sicherheit für die achtziger Jahre*, in: *Europa Archiv*, Folge 15, 1980
- Rohatyn, Felix: *A Matter of Psychology*, in: *New York Review of Books*, Vol. XXVIII, No. 6, 1981
- Tucker, Robert: *The Purpose of American Power*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 59, No. 2, 1980
- dies.: *Interview*, in: *Sais-Review*, No. 1, Winter 1981, The John Hopkins University
- Wolfe, Alan: *Capitalism shows its Face: Giving up Democracy*, in: *Trilateralism*, ed. by Holly Sklar, Boston 1980
- Wolin, Sheldon: *Reagan Country*, in: *New York Review of Books*, Vol. XXVII, No. 20, 1980